



Europa



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Neue Homepage zu Lebensmittelabfällen und präzise Angaben zu Plastiktüten

Es ist schon erstaunlich, was für eine aktive Kommission mit all ihren Beamten wir mit unseren Steuergeldern finanzieren. Kein noch so kleiner Lebensbereich wird ausgelassen:

Am 21.11.2014 hat die Kommission eine neue Homepage zur Aufklärung über die Verminderung von Lebensmittelabfällen freigeschaltet. Die Website bietet unter anderem Informationen über EU-Maßnahmen zur Verminderung von Lebensmittelabfällen, ein Verzeichnis bewährter Verfahren in der Lebensmittelabfallvermeidung sowie Kommunikationsmaterialien, die bei der Bewusstseinssteigerung behilflich sein sollen.

http://ec.europa.eu/food/safety/food_waste/index_en.htm

Da will das Europaparlament nicht zurückstehen:

Das EP hat sich am 17.11.2014 mit dem Rat auf einen Kompromiss bei der Richtlinie zur Reduzierung von Plastiktüten geeinigt. Am 24.11.2014 stimmte der Umweltausschuss des EP über den Kompromiss ab. Die Mitgliedstaaten haben zwei Optionen, die Richtlinie umzusetzen. Entweder sie reduzieren die Anzahl der verbrauchten Einweg-Plastiktüten auf durchschnittlich 90 pro Bürger bis 2019 und auf 40 bis 2025 oder sie stellen sicher, dass ab 2018 keine kostenlosen Plastiktüten mehr zur Verfügung

gestellt werden. Das EP-Plenum und der Rat müssen noch zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141120STO79704/>

Zerbrechliches Wachstum

Die konjunkturelle Erholung in Europa bleibt fragil. Das zeigen die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der Europäischen Kammerorganisation Eurochambres.

<http://www.eurochambres.eu/Content/Default.asp?PageID=1&DocID=5786>

Griechenland-Programm um zwei Monate verlängert:

Die Eurogruppe hat auf ihrem Treffen am 8. Dezember 2014 u.a. das Anpassungsprogramm von Griechenland diskutiert. Der fünfte Review durch die Troika-Institutionen konnte nicht zum Abschluss gebracht werden, da es Differenzen über den Reformstand und den der Haushaltsituation gibt. Griechenland hatte einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet. Die Troika sieht hingegen eine Haushaltslücke von etwa 2,5 Mrd. Euro und fordert zudem weitere Sparmaßnahmen. Der Abschluss des fünften Reviews ist jedoch die Voraussetzung für eine weitere Auszahlung von 1,8 Mrd. Euro an Griechenland. Die Eurogruppe hat nun das laufende EFSF-Programm um zwei Monate verlängert, um den Bericht Anfang des Jahres abschließen zu können. Die Eurogruppe hat zudem nochmals betont, dass es eine vorbeugende Kreditlinie beim Aus-





Europa



Newsletter

stieg aus dem Rettungsprogramm unterstützt. (DIHK Brüssel)

Freundliche Haltung zu deutschen Beihilfen

Nach eingehender Prüfung hat die Kommission am 25.11.2014 festgestellt, dass die deutsche Regelung zur Förderung der Erzeugung von erneuerbarem Strom (Erneuerbare-Energie-Gesetz 2014, EEG), mit der Bahnunternehmen Beihilfen gewährt werden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht.

Nach einer eingehenden Prüfung ist die Kommission am 25.11.2014 zu dem Ergebnis gekommen, dass Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien, die im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 gewährt wurden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stehen. Die Bundesregierung hatte das EEG 2012 nicht bei der Kommission zur Genehmigung angemeldet, weil ihrer Auffassung nach damit keine staatlichen Beihilfen verbunden waren. In dem nun gefassten Beschluss kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass das EEG 2012 zwar mit staatlichen Beihilfen verbunden ist, diese aber mit den Umweltschutzleitlinien von 2008 im Einklang stehen.

Neue Regeln für polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Europa

Seit dem 1. Dezember gelten sämtliche Regeln des Lissabon-Vertrags auch für die polizeiliche Zusammenarbeit und die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Art. 82 bis 89 AEUV). Dies betrifft insbesondere die Möglichkeit für die Europäische Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten auch in diesem Bereich einzuleiten. Für den EuGH gelten in dieser Beziehung nun ebenfalls sämtliche Bestimmungen des Lissabon-Vertrags.

Bankenunion: ESM-Instrument für direkte Rekapitalisierung eingerichtet

Der Gouverneursrat des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hat am 8. Dezember 2014 das neue Instrument zur direkten Rekapitalisierung von Banken durch den ESM beschlossen. Er folgt damit der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone vom 29. Juni 2012. <http://www.esm.europa.eu/press/releases/esm-direct-bank-recapitalisation-instrument-adopted.htm>

Die direkte Rekapitalisierungsmöglichkeit von Banken war durch den ESM lange diskutiert worden. Zentrale Voraussetzung für die Schaffung des neuen Instrumentes ist die Errichtung einer europäischen Bankenaufsicht. Es stehen maximal 60 Mrd. Euro aus dem ESM für die Rekapitalisierung von Banken zur Verfügung. Direkte Hilfen für Banken aus dem ESM können nur nach einer strengen Haftungskaskade erfolgen.





Europa



Newsletter

Zunächst müssen Eigentümer und Gläubiger ihren Beitrag zur Rekapitalisierung der in Schieflage geratenen Bank leisten (Bail-in). Anschließend ist das betroffene Mitgliedsland zunächst selbst in der Pflicht, bevor Mittel aus dem ESM genutzt werden können. Eine Rekapitalisierung kann nur durch ein ESM-Mitglied beantragt werden und nicht durch die Banken selbst. Der Mitgliedstaat muss in diesem Fall u.a. ein Memorandum of Understanding unterzeichnen und konkrete Auflagen vereinbaren sowie einen Eigenbeitrag leisten. (DIHK Brüssel)

Europäische Kommission

Die Kommission hat am 28.11.2014 den Jahreswachstumsbericht 2015, mit dem das neue Europäische Semester eingeläutet wird, den Warnmechanismus-Bericht, den Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und die Auswertung der nationalen Haushaltsplanentwürfe der Länder der Eurozone vorgestellt.

Der Jahreswachstumsbericht enthält die allgemeinen wirtschaftlichen Prioritäten für die EU und soll den Mitgliedstaaten politische Orientierung bieten. Die Mitgliedstaaten werden dazu aufgerufen, stärker auf Investitionen, Strukturreformen und haushaltspolitische Verantwortung zu setzen, um Wachstum und Beschäftigung in der EU weiter zu fördern.

Die Kommission empfiehlt, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU im Jahr 2015 auf drei Säulen zu stützen: Investitionsimpulse, energische Wiederaufnahme der Strukturre-

formen und eine verantwortliche Haushaltspolitik.

Zum Jahreswachstumsbericht:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2015/ags2015_de.pdf

Zum Warnmechanismusbericht:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2015/mr2015_de.pdf

Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht analysiert die Beschäftigungslage in Europa und die politische Reaktion der Mitgliedstaaten. Die Arbeitslosigkeit ist langsam rückläufig, bleibt aber in der EU-28 auf hohem Niveau, nämlich bei 24,6 Millionen (10,1 %) im September 2014. Die Entwicklung in der Union ist nach wie vor sehr unterschiedlich. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Zwischen 2010 und 2013 ist die Langzeitarbeitslosenquote in der EU-28 von 3,9 % auf 5,1 % gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 21,6 % in der EU-28 im September immer noch sehr hoch.

<http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/dossier/files/download/082dbcc549f0934a0149f603e4da0485.do>

Die Kommission hat zudem die nationalen Haushaltsplanentwürfe der Euro-Länder bewertet (mit Ausnahme von Griechenland und Zypern, die makroökonomische Anpassungsprogramme durchlaufen). Deutschland gehört zu fünf Euroländern, die die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts im kommenden Jahr vollständig einhalten. Weitere vier Länder erfüllen die Voraussetzungen weitestgehend





Europa



Newsletter

(Estland, Lettland, Slowenien und Finnland). Sieben Staaten (Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Österreich, Portugal und Malta) laufen Gefahr, gegen den Pakt zu verstoßen. Die Defizitsünder sollen jedoch nicht im Rahmen des umfangreichen neuen Überwachungssystems für die nationalen Haushalte und Staatsverschuldung, welches anlässlich der anhaltenden Euro-Krise geschaffen worden war, mit Strafe belegt, sondern zunächst in einen konstruktiven Dialog eingebunden werden.

Kritisch sieht die Kommission in Deutschland hingegen die hohe Abgaben- und Steuerlast für Arbeitnehmer. Nach ihrer Ansicht ist diese ein Grund für die nach wie vor schwache Inlandsnachfrage. Außerdem erschwere sie die Schaffung regulärer Arbeitsplätze. Weiterhin kritisiert sie die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,3 % Anfang 2015, sowie den Beschluss der Bundesregierung, die Rentenbeiträge bei 18,9 % zu belassen, um die Mütterrente und die Rente mit 63 zu finanzieren.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

